Bangladesch im Überblick

zusammengestellt von Patrizia Heidegger

"Bangladesch im Überblick" erscheint in Kooperation mit NETZ e.V., Wetzlar | www.bangladesch.org

Zillur Rahman neuer Präsident

Zillur Rahman, langjähriger Politiker der Awami League, ist am 12. Februar als neuer Präsident Bangladeschs vereidigt worden. Er ist der fünfte Präsident des Landes, der seit der Rückkehr der Demokratie 1991 vom Parlament gewählt worden ist. Der 79jährige war ein enger Vertrauter von Sheikh Mujibur Rahman, dem Staatsgründer Bangladeschs und Vater der amtierenden Premierministerin Sheikh Hasina. Bereits 1952 engagierte er sich an prominenter Stelle für das language movement, welches Bengalisch als offizielle Sprache Bangladesch etablieren wollte. Während des Unabhängigkeitskriegs arbeitete er unter anderem für den Radiosender der Unabhängigkeitsbewegung. 1972 formulierte er die Verfassung des neuen Staates Bangladesch mit. Zillur Rahman diente als Minister sowie als Parteivorsitzender der AL. Rahmans Frau Ivey Rahman, ebenfalls eine langjährige Politikerin, wurde bei den Bombenanschlägen auf Sheikh Hasina während einer Parteiversammlung am 21. August 2004 getötet.

Ranglai Mro frei

Der High Court gewährte dem politischen Gefangenen Ranglai Mro, einem Anführer der indigenen Gruppen in den Chittagong Hill Tracts, Anfang Januar die Freilassung auf Kaution. Seine tatsächliche Haftentlassung ließ dann mehr als zwei Wochen auf sich warten. Zeitungen berichteten, dass er auch im Krankenhaus, wo die Folgen seiner Folterungen behandelt wurden, mit Handschellen gefesselt war. Mro war im Februar 2007 verhaftet und gefoltert worden. In Folge dessen war Mro schwer erkrankt und in einem Herzkrankenhaus behandelt worden. Mro wird vorgeworfen, gegen Waffengesetze verstoßen zu haben. Im Juni 2007 war er zu 17 Jahren Haftstrafe verurteilt worden. Menschenrechtsorganisationen wie Ain o Salish Kendra haben sich seit seiner Verhaftung für ihn eingesetzt und seine Freilassung gefordert. Die Menschenrechtler betonten, Mro sei auf Grundlage falscher Vorwürfe inhaftiert worden und sei ein politischer Gefangener. Sie forderten auch auf Grund seines schlechten Gesundheitszustandes eine schnelle Freilassung. In Bangladesch werden politische aktive Mitglieder indigener Gruppen immer wieder Opfer willkürlicher Verhaftung und Folter.

Kriegsverbrecher sollen endlich zur Rechenschaft gezogen werden

Im Januar kündigte die neue Regierung an, die Kriegsverbrecher des Unabhängigkeitskriegs von 1971 endlich vor Gericht zu bringen. Ende des Monats verabschiedete das Parlament eine Resolution, welche die Regierung auffordert, dafür Sorge zu tragen, dass den Kriegsverbrechern unverzüglich der Prozess gemacht wird. Die Awami League hatte im Vorfeld der Wahlen versprochen, sich im Falle eines Wahlsiegs für die Verurteilung der Kriegsverbrecher einzusetzen. Nun sollen Experten aus der ganzen Welt gebeten werden, die Verfolgung von Kriegsverbrechen zu unterstützen. Reinhard Silberberg, Staatsminister im Auswärtigen Amt, betonte bei seinem Besuch in Bangladesch Ende Januar jedoch, es handele sich um eine nationale Angelegenheit, in die man sich nicht einmischen werde. Seit vielen Jahren fordern Menschenrechtler die Verurteilung von Kriegsverbrechern, von denen seit 1971 viele unbehelligt in Bangladesch leben und sogar politische Ämter bekleiden.

Verbesserte Kooperation rund um den Golf von Bengalen

Die Bay of Bengal Initiative for Multi-Sectoral Technical and Economic Cooperation (BIMSTET, Initiative für multisektorale technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit am Golf von Bengalen) hat im vergangenen November beschlossen, die Zusammenarbeit bei der Armuts- sowie der Terrorismusbekämpfung zu verstärken. Auch die Herausforderungen durch den Klimawandel, die Finanzkrise sowie die Nahrungsmittel- und Energiekrise sollen gemeinsam angegangen werden. Besonders die Ernährungssicherheit der ärmsten Bevölkerungsgruppen in der Region soll verbessert werden. Chief Adviser Fakhruddin Ahmed betonte im Rahmen einer Konferenz, dass gerade die Ernährungssicherheit und die Folgen des Klimawandels vertiefter Kooperation bedürfen. Fakhruddin hob hervor, dass der Anstieg des Meeresspiegels um einen Meter 25-30 Millionen Menschen in Bangladesch zu Klimaflüchtlingen machen wird. Dem Klimawandel müsse daher oberste Priorität in der Arbeit der BIMSTEC eingeräumt werden. Er forderte die anderen Staats- und Regierungschefs auf, in der Region auf erneuerbare Energien zu setzen. Die BIMSTEC-Mitglieder beschlossen, gemeinsame Forschungsvorhaben zu unterhalten, welche Möglichkeiten der Ertragssteigerung in der Landwirt-

schaft analysieren sollen. Der indische Premierminister Manmohan Singh erklärte während der Konferenz, dass die Staaten eine gemeinsame Konvention zur Bekämpfung des Terrorismus vorlegen werden. Die BIMSTEC wurde 1997 als regionale Organisation zur sozioökonomischen Kooperation zwischen den süd- und südostasiatischen Staaten rund um den Golf von Bengalen gegründet. Ihr gehören Indien, Bangladesch, Nepal, Bhutan, Sri Lanka, Myanmar und Thailand an. Bis 2017 soll für bestimmte Güter eine Freihandelszone eingerichtet werden. Die Organisation soll durch die Einrichtung eines festen Sekretariats weiter institutionalisiert werden. Fakhruddin hat Dhaka als Sitz des Sekretariats ins Gespräch gebracht.

Geberländer unterstützen Entwicklungszusammenarbeit mit der neuen Regierung

Reinhard Silberberg, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, sicherte der neuen Regierung von Bangladesch im Januar auch weiterhin die Unterstützung in der Entwicklungszusammenarbeit zu. Die Bundesregierung werde auch in Zeiten der Finanzkrise an der Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) festhalten. Auch Schweden sagte Bangladesch für die kommenden fünf Jahre 1,1 Milliarden schwedische Kronen, ungefähr 100 Millionen Euro, zu. Das Geld soll vor allem für die Armutsbekämpfung (gemäß des *Poverty Reduction Strategy Paper*, PRSP) genutzt werden. Es fließt großteils in die Bereiche Gesundheit, Grundbildung, Frauenrechte, demokratische Regierungsführung und urbane Entwicklung. Japans Premierminister Taro Aso bot der neuen Regierung einen Kredit über 440 Millionen US-Dollar für den Ausbau des Energiesektors und den Bau von Brücken an. Deutschland, Schweden und Japan zählen den wichtigsten Partnern Bangladeschs in der Entwicklungszusammenarbeit. Deutschland hat Bangladesch bisher 4,4 Milliarden Euro Entwicklungshilfe zur Verfügung gestellt.

Sundarbans erholen sich besser als befürchtet

Im November 2007 zerstörte der Wirbelsturm "Sidr" rund ein Viertel der Bäume der Sundarbans, des riesigen Mangrovengebiets im Mündungsbereich des Gangesdeltas. Das Weltnaturerbe ist Rückzugsgebiet vieler bedrohter Tierarten wie des bengalischen Tigers und bildet eine natürliche Barriere gegen Zyklone, in dem es die Stürme bei ihrem Auftreffen ans Festland abschwächt und Flutwellen bremst. Gut ein Jahr nach dem verheerenden Sturm scheint der Schaden nun weniger schlimm als zunächst vermutet zu sein. Die Regierung hatte nach dem Zyklon beschlossen, dass sich der Wald ohne Eingriffe des Menschen selbst regenerieren muss, obwohl das Forest Department gefordert hatte, ein Viertel der Bäume in den

Sundarbans zu fällen. Offensichtlich hat der Wald nun von der ungestörten Zeit nach dem Sturm profitiert. Der Daily Star berichtete, dass sich auch die Tierbestände positiv entwickeln. Tourismusunternehmen beklagen allerdings, dass das Forest Department seine beschädigten Gebäude und Anlegestege bisher noch nicht hat reparieren lassen. Die Behörde zählt zu den korruptesten in Bangladesch. Ihrem vormaligen Leiter wird vorgeworfen, sich durch den illegalen Verkauf von Holz bereichert zu haben.

Verseuchter Tanker trotz Protesten in Bangladesch abgewrackt

Die Umweltorganisation Greenpeace führte den Tanker MT Enterprise auf einer schwarzen Liste: Das Schiff enthielt große Mengen Asbest und die Schwermetalle Blei, Quecksilber und Kadmium. Bevor der Tanker von einem Abwrackunternehmen aus Bangladesch aufgekauft wurde, wechselte er mit jeder neuen Registrierung den Namen - Ocean Enterprise, Atlantia, Taiko, was eine Nachverfolgung schwierig macht. Die Bangladesh Environmental Lawyers' Association (Bela) hatte bereits im September letzten Jahres versucht die Abwrackung in Bangladesch per Gericht zu verbieten. Der Importeur konnte die Gerichte aber vom Gegenteil überzeugen, so dass der verseuchte Tanker am Strand von Sitakunda von der Siko Steel (Madina Enterprise) abgewrackt werden konnte. Umweltschützer kritisieren den Werftbesitzer, er habe die Erlaubnis des zuständigen Ministeriums für den Import des Schiffes nur unter Vortäuschung falscher Tatsachen erhalten. Das Ministerium hatte dann, nachdem der Tanker auf der schwarzen Liste von Greenpeace geführt wurde, die Erlaubnis wieder zurückgezogen. An den Stränden nördlich der Hafenstadt Chittagong gibt es zahlreiche Werften, in denen alte Tanker und Frachter aus der ganzen Welt verschrottet werden. Menschenrechtler und Umweltschützer kritisieren sowohl die extrem gefährlichen Arbeitsbedingungen der "Eisenfresser", wie die Arbeiter genannt werden, als auch die massive Umweltverschmutzung der Küste durch Öle, Schlacken, Schwermetalle und andere Chemikalien. Die Schiffe werden von den Männern ohne Schutzbekleidung und ohne Docks direkt auf dem Strand zerlegt. Die EU verkündete Ende 2008, die Umstände der Abwrackung besser zu regeln.

UN-Klimakonferenz in Posen: Ernährungssicherheit in Bangladesch gefährdet

Auf der Klimakonferenz in Posen im Dezember 2008 erklärte der Klimarat (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) die Landwirtschaft in Südasien könne in Folge des Klimawandels rund 30 Prozent ihrer Erträge einbüßen. Der Bericht hob besonders hervor, dass der

Klimawandel die Ernährungssicherheit in weiten Teilen der Welt beeinträchtige. Ausgelöst durch die Lebensmittelkrise und den starken Preisanstieg geben die Armen in den am wenigsten entwickelten Ländern bereits jetzt 50 bis 80 Prozent ihres gesamten Einkommens für Nahrungsmittel aus. Die Unbeständigkeit der Preise werde sich durch den Klimawandel noch verstärken, so der Bericht. Der Klimarat fordert deshalb dringend einen internationalen Plan für die Anpassung an den Klimawandel. Zur Lage in Bangladesch besagt die Studie, die Landwirtschaft müsse sich auf verheerende Auswirkungen des Klimawandels einstellen. Schlüssel für die Umstellung der Landwirtschaft seien widerstandsfähige Sorten. Nur wenn die Landwirtschaft an die veränderten Bedingungen angepasst werde, könne die Ernährungssicherheit garantiert werden. Während des Treffens in Posen betonte die Delegation aus Bangladesch, dass die derzeitigen Finanzierungsmechanismen, welche den Entwicklungsländern Anpassungsmaßnahmen ermöglichen sollen, den Bedürfnissen in keiner Weise entsprechen. Ein Vertreter des Umweltministeriums unterstrich, dass Bangladesch eines der am schlimmsten betroffenen Länder weltweit ist und dass nur geeignete Anpassungsstrategien das Überleben Bangladeschs sicheren können. Die Delegation setzte sich in Posen auch dafür ein, das geplante Zentrum für die Anpassung an den Klimawandel (International Climate Change Adaption Centre) in Bangladesch anzusiedeln. Ziel der Konferenz in Posen war die weitere Vorbereitung der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen im Dezember 2009, die eine Nachfolgeregelung für das im Jahr 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll hervorbringen soll. Die dänische Ministerin für Klima und Energie besuchte Bangladesch im Februar zur weiteren Vorbreitung der Konferenz in Kopenhagen. Von den Ergebnissen der Konferenz in Posen waren viele Beobachter allerdings enttäuscht, da die Industrieländer auf Grund der Weltwirtschaftskrise Abstriche beim Klimaschutz und Zugeständnisse an die Wirtschaft gemacht haben.

Brücke über den Ganges soll 2011 begonnen werden

Der Verkehrsminister Bangladeschs, Syed Abul Hossain, verkündete im Januar, der Bau der geplanten Brücke über den Ganges soll 2011 begonnen und schon drei Jahre später abgeschlossen werden. Bis 2010 wird eine neuseeländische Firma einen Entwurf vorlegen. Die Brücke soll den Südwesten mit dem Rest des Landes verbinden. Bisher ist die Region, welche die Khulna Division umfasst, vom Zentrum des Landes nur per Fähre oder über einen Umweg durch die nördliche Rajshahi Division erreichbar. Der Minister verspricht sich vom Bau der Brücke einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts der Khulna Di-

vision um ein bis zwei Prozent. Ein Vorteil des Brückenbaus ist die bessere Straßenanbindung von Mongla, dem zweitwichtigsten Seehafen Bangladeschs, sowie der Stadt Benapole an der indischen Grenze. Neben der Autospur soll die Brücke auch Gleise über den Ganges führen und Teil einer transasiatischen Zugverbindung werden. Die längste Brücke Bangladeschs mit einer Länge von 5,6 km soll circa 1,8 Milliarden US-Dollar kosten. Die Regierung verhandelt mit der Weltbank, die asiatische und die islamische Entwicklungsbank haben bereits Kredite zugesagt. Der Plan zum Bau einer Gangesbrücke besteht seit 2001.

Sheikh Hasina kündigt Verbesserung der Frauenrechte an

Die neu gewählte Premierministerin Sheikh Hasina (Awami League) hat anlässlich des Weltfrauentags am 8. März verkündet, dass die Rolle der Frauen in der Politik Bangladeschs dringend verbessert werden muss. Sie werde sich darum bemühen, dass die Anzahl der für Frauen reservierten Sitze im Parlament von derzeit 45 auf 100 angehoben wird. Außerdem solle es für die Sitze direkte Wahlen geben. Bisher sind die Frauen von den jeweiligen Parteien nach Proporz bestimmt worden und hatten somit kein demokratisch legitimiertes Mandat. Bei der Besetzung ihres Kabinetts habe sie bereits auf die zahlreiche Vertretung der Frauen geachtet. Die Awami League werde sich gegen die Diskriminierung und gegen Gewalt gegen Frauen einsetzen und einen nationalen Aktionsplan zur Verbesserung der Frauenrechtssituation einbringen.



NETZ berichtet ausschließlich über Bangladesch. Vierteljährlich. Jede Ausgabe widmet sich fundiert und engagiert einem Schwerpunktthema. Internationale Experten und Betroffene kommen zu Wort. Zudem informiert NETZ über Entwicklungsarbeit in dem Land, den Einsatz für Menschenrechte und über aktuelle politische Hintergründe. NETZ enthält regelmäßig literarische Übersetzung aus dem Bengalischen.

Kostenloses Probe-Heft anfordern:

NETZ

Moritz-Hensoldt-Str. 20 35576 Wetzlar zeitschrift@bangladesch.org